

An das
Bundeskanzleramt
Ballhausplatz 2
1010 Wien

BMF - GS/VB (GS/VB)
post.gs-vb@bmf.gv.at

Mag. Susi Perauer
Sachbearbeiterin
susi.perauer@bmf.gv.at
+43 1 51433 501165
Johannesgasse 5, 1010 Wien

E-Mail-Antworten sind bitte unter Anführung der
Geschäftszahl an post.gs-vb@bmf.gv.at zu richten.

Geschäftszahl: 2020-0.564.299

Begutachtungsverfahren

Bundesgesetz, mit dem ein Bundesgesetz über Maßnahmen zum Schutz der Nutzer auf Kommunikationsplattformen erlassen wird

Das Bundesministerium für Finanzen beeht sich, zu dem mit Note vom 3. September 2020 unter der Geschäftszahl 2020-0.452.909 zur Begutachtung übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem ein Bundesgesetz über Maßnahmen zum Schutz der Nutzer auf Kommunikationsplattformen erlassen wird, fristgerecht wie folgt Stellung zu nehmen:

Allgemeine Anmerkung

Gegen das Regelungsvorhaben besteht grundsätzlich kein Einwand.

Stellungnahme zur Wirkungsorientierten Folgenabschätzung (WFA)

Zur vorliegenden WFA erlaubt sich das Bundesministerium für Finanzen anzumerken, dass aufgrund der Strukturierung und des Aufbaus des Dokumentes (insbesondere die tabellarische Darstellung der finanziellen Auswirkungen) davon auszugehen ist, dass die vorliegende WFA nicht – wie gemäß § 13 Abs. 2 WFA-Grundsatz-Verordnung vorgesehen –

mithilfe des WFA-IT-Tools erstellt wurde. Daraus folgt, dass die Personalkosten (insbesondere die Sachbearbeiter- und die Juristenkosten) rechnerisch nicht nachvollziehbar sind, ebenso sind die gesamthaften finanziellen Auswirkungen auf den Bundeshaushalt nicht nachvollziehbar dargestellt. Des Weiteren fehlen Angaben zur Bedeckung (inkl. der betroffenen Detailbudgets) der finanziellen Auswirkungen und die Angabe des Datums des „Inkrafttretens/Wirksamwerdens“.

Das Bundeskanzleramt wird ersucht, die WFA mittels WFA-IT-Tools zu erstellen, die entsprechenden Ergänzungen vorzunehmen und die überarbeitete WFA dem Bundesministerium für Finanzen **erneut zu übermitteln**. Dem Präsidium des Nationalrates wurde diese Stellungnahme in elektronischer Form zugeleitet.

Wien, 1. Oktober 2020

Für den Bundesminister:

Mag. Heidrun Zanetta

Elektronisch gefertigt